

Fehlende Weitsicht

Autor(en): **Jenni, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **90 (2015)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-716652>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fehlende Weitsicht

2014 durften Schweizer Unternehmen etwas mehr Kriegsmaterial exportieren als im Vorjahr. In 72 Länder wurde für 563,5 Millionen Franken (Vorjahr 461,3 Millionen) Ware geliefert. Dies entspricht einem Anteil von 0,26 Prozent an der gesamten Schweizer Warenausfuhr.

Nicht unerwartet kommt von linken Frauen Widerstand. Die SP Schweiz packte die Gelegenheit und protestierte gegen die Ausfuhr von Kriegsmaterial. Sie hielt fest, dass unsere Industrie seit der Jahrhundertwende für über eine Milliarde Franken Waffen in die Golfregion geliefert habe.

In Länder, in denen keine Demokratie herrsche und in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werde. Die SP will deshalb in einer Interpellation wissen, «wie sich die Änderung der Kriegsmaterialverordnung auf die Waffenexporte an undemokratische Regimes auswirkt.»

Flabwaffen nach Indonesien

Die Fakten für das Jahr 2014 sprechen eine andere Sprache: Den Löwenanteil am Export von Kriegsmaterial aus der Schweiz hatte die Lieferung von Fliegerabwehrsystemen nach Indonesien im Betrag von 121,5 Millionen Franken und die Ausfuhr von gepanzerten Fahrzeugen nach Deutschland mit 100,8 Millionen Franken.

Nach Kontinenten aufgeteilt, machten die Exporte nach Europa 61%, nach Amerika 9%, nach Asien knapp 30% aus. Nach Afrika und Australien wurde je unter einem Prozentanteil geliefert.

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) hat sich zu den Exportzahlen anders als die SP geäussert. Er wies insbesondere darauf hin, dass der Zuwachs auf tiefem Niveau vor allem auf einen einzelnen Exporterfolg zurückzuführen sei. Somit spiegle die Zunahme der Ausfuhr keinesfalls die andauernde schlechte Lage der Rüstungsbranche der Schweiz wider.

Sie und zahlreiche Zulieferer leiden seit Jahren unter der angespannten wirtschaftlichen Lage der Rüstungsunternehmen. Dies ist nicht zuletzt auf die fehlenden Aufträge aus dem VBS zurückzuführen. Noch bis vor Kurzem verlautete aus Bern, es fehlten beschaffungsreife Projekte.

Im Gegensatz zu den Gegnern von Rüstungsexporten, die behaupten, dass sich Güter aus dem Bereich Kriegsmaterial mit dem Export von besonderen militärischen Gütern kompensieren lasse, hält der asuw fest, dass diese Annahme falsch sei.



In der Industrie geht es auch um Arbeit!

Fakt bleibe, dass ohne Export für ein bestimmtes Gut dessen Herstellung für den heimischen Markt zu teuer sei und eingestellt werde. Dies «wäre das Ende der Schweizer wehrtechnischen Industriebasis, was den sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz zuwiderlaufen würde».

Stellungnahmen der STA

In ähnlichem Sinn hat sich die Schweizerische Gesellschaft für Technik und Armee (STA) immer wieder geäussert. Sie setzt sich mit ihren rund 200 Mitgliedern für den Erhalt von wehrtechnischen Kernfähigkeiten in der Schweiz ein. Sie versteht sich als Bindeglied zwischen Armee, Beschaffung, Wirtschaft und Wissenschaft.

Das Thema der Herstellung von Gütern für die Armee ist in ganz Europa vernachlässigt worden. Der Kalte Krieg war beendet und man glaubte, der ewige Friede sei ausgebrochen. Seit dem Krieg in der Ukraine erfolgt bei den Verantwortlichen in der Politik hoffentlich ein Umdenken.

Wer sich nicht selber verteidigen kann, wird über kurz oder lang vereinnahmt. Die Ostukraine verdeutlicht diese Aussage. Es muss daran erinnert werden, dass Stalin ge-

gen das Ende des letzten Weltkrieges beabsichtigte, weite Teile von Westeuropa unter seine Herrschaft zu bringen. Dies misslang, weil die westlichen Alliierten rascher vorangekommen waren. Heute stehen wir vor der Situation, dass der Herrscher im Kreml, Wladimir Putin, im Minimum die alten Grenzen der 1990 implodierten Sowjetunion wiederherstellen will.

Dazu hat er mit westlicher Hilfe massiv aufgerüstet. Gleichzeitig fand in den Ländern Westeuropas ein erheblicher Abbau der Armeen statt. Die damit verbundenen fehlenden Aufträge an die Industrie hatten zur Folge, dass deren Kapazitäten notgedrungen schrumpften. Eine kürzlich gemachte Aussage von Wolfgang Schäuble verdeutlicht diese Feststellungen.

Hoffentlich bleibt Zeit

Er gab seine Absicht bekannt, den Verteidigungsetat für die Bundeswehr zu erhöhen. Mit Blick auf die Anpassungen der Industrie in Deutschland sei die Erhöhung der Militärausgaben aber erst ab 2017 sinnvoll. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Umstrukturierungen wegen der fehlenden Armeeaufträge haben dazu geführt, dass technologische Fähigkeiten der Industrie wieder neu mit dem dazu erforderlichen Personal aufgebaut werden müssen.

Auch den friedliebenden Kritikern der Waffenausfuhr in unserem Land muss klar sein, dass jede Armee mit Personal, Waffen und Geräten aller Art so ausgerüstet sein muss, dass sie Land und Leute vor einem Aggressor wirklich schützen kann, wie es in der Verfassung nachzulesen ist.

Im Moment sind weder die EU noch die NATO in der Lage, den Schutz der Ostgrenzen zu garantieren. Der Aufbau der dazu notwendigen personellen und materiellen Ressourcen dauert Jahre. Die NATO hat erst im September 2014 die militärische Anpassung der Allianz beschlossen. Das Ziel ist die Stärkung der Verteidigung. «Damit wird die Bündnisverteidigung wieder zur Kernaufgabe der NATO», stellte die Stiftung Wissenschaft und Politik fest.

Hoffentlich bleibt genügend Zeit!

Peter Jenni 